

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage (Zeitung, Wille, Kunst) monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M., halbjährlich 5,50 M., jährlich 10,00 M. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Preis für den Einzelheft 2 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Preis für den Einzelheft 3 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Erscheinungstag: Sonntag und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Etage. Tel. 3445. Sprechstunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1769. Erscheinungstag: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die üblichsten Satzpreise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Interline müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3.

Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1911.

22. Jahrg.

## Die kapitalistische Entwicklung.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt im wesentlichen in der Verfestigung der Kleinbetriebe, in der Konzentration der Betriebe, der Produktionsmittel in immer weniger Händen zum Ausdruck. Mit der Entwicklung zum Großbetrieb ist zweifellos auch eine Zunahme der Maschinenarbeit verbunden. Zwar gibt es auch viele kapitalistische Betriebe, die keine Motorenbetriebe sind, und umgekehrt macht die Maschinenarbeit an und für sich aus einem Betriebe noch kein kapitalistisches Unternehmen. Aber im allgemeinen spiegelt sich in der Zunahme der Maschinenarbeit die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wider, und dieselbe mehr und mehr als im Wachstum der einzelnen Betriebe, das durch die Zunahme der Arbeiterzahl zum Ausdruck kommt. Denn mit der Einführung von Maschinen, mit der Verwendung motorischer Kraft wird stets eine Steigerung der Produktion erzielt, möglicherweise sogar bei Verminderung der Arbeiterzahl, die Zunahme der Maschinenarbeit bedeutet also stets eine Vergrößerung der einzelnen Betriebe, und in den weitest ausgedehnten Fällen erfüllen auch die handwerksmäßigen Betriebe einen kapitalistischen Charakter, sobald sie beginnen, mit Motoren zu arbeiten. Aus einer interessanten Statistik über die Zunahme der motorischen Kraft im Gewerbe **P r e u ß e n** von 1895 bis 1907, die in der soeben erschienenen dritten Abt. der Zeitschrift des k. preussischen statistischen Landesamtes veröffentlicht ist, geht nun hervor, daß die Verwendung der motorischen Kraft in den Jahren 1895 bis 1907 in Preußen von 2241 293 Pferdekraften auf 6 486 999 oder um 2 245 706 Pferdekraften gestiegen ist, was eine Zunahme von 100,37 Prozent bedeutet. Auch die Zahl der Motorenbetriebe hat in dieser Zeit zugenommen, aber nur von 66 157 auf 127 687, also um 93,06 Prozent. Die Zahl der benutzten Pferdekraften ist demnach um das Doppelte gestiegen gegenüber der Zahl der Motorenbetriebe.

Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Maschinenarbeit und damit die kapitalistische Form der Produktion außerordentlich stark im Aufsteigen und immer allgemeiner wird. Und die Zunahme der Maschinenarbeit oder wenigstens der Verwendung motorischer Kraft vertritt sich auch auf alle Gewerbebetriebe. Es betrafen in Preußen motorische Kraft:

	1895		1907	
	Betriebe	P. S.	Betriebe	P. S.
Gärtneri.	188	698	475	3 772
Zerlegung, Sägen	9	146	42	444
Bergbau, Steine usw.	1 682	968 216	3 292	2 201 482
Metallindustrie	5 584	1 288 729	8 916	3 945 822
Metallverarbeitung	6 174	1 111 204	12 458	4 723 788
Metallindustrie	8 888	1 211 285	10 904	998 755
Chemische Industrie	1 095	49 992	1 802	183 525
Textilindustrie	1 206	18 660	3 174	60 026
Wollindustrie	5 496	224 165	8 780	420 727
Leb.-ind. u. Holz	1 116	70 717	2 068	184 082
Leb.-ind. u. Holz	1 000	18 628	1 408	81 036
Leb.-ind. u. Holz	7 058	92 570	16 402	229 418
Leb.-ind. u. Holz	26 775	402 080	41 892	802 852
Leb.-ind. u. Holz	455	7 470	1 788	19 726
Leb.-ind. u. Holz	406	8 866	1 856	21 951
Leb.-ind. u. Holz	930	83 050	2 739	105 486
Leb.-ind. u. Holz	1 062	11 429	4 491	47 594
Leb.-ind. u. Holz	39	197	180	1 170
Leb.-ind. u. Holz	3 085	31 657	6 919	83 907
Leb.-ind. u. Holz	2	31	8	99
Leb.-ind. u. Holz	98	11 422	758	216 527
Leb.-ind. u. Holz	264	8 125	903	9 090
Zusammen:	66 157	2 241 293	127 687	6 486 999

Außerdem entfallen auf die 1895 nicht erhebbare Gruppe von 439 P. S. (Pferdebäueren) 248 Betriebe, die mit Benutzung von Spirituskraft und 1907 von „sonstiger Kraft“ (d. h. 3206 bzw. 180 146 P. S. beanspruchen, so daß insgesamt 1907 in 130 363 Betriebsstätten 6 674 410 P. S. an elektrische Kraft. Bei der elektrischen Energie ist die erwartete Entwicklung in Preußen umgerechnet worden. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die verwendeten P. S. innerhalb 12 Jahren in der Gärtnerei um mehr als 297 Prozent, im Bergbau, Hütten usw. 142,39 Prozent, Industrie 218,7 Prozent, Metallverarbeitung 325 Prozent, Metallindustrie 723,41 Prozent, Chemische Industrie 207,10 Prozent, Industrie der Textilstoffe 221,68 Prozent, Textilindustrie 210,63 Prozent, Holzindustrie 174,45 Prozent, Leder-, Holz- u. Holzindustrie 146,75 Prozent, Metallverarbeitung 164,07 Prozent, Reinigungsindustrie 552,14 Prozent, Holzindustrie 219,2 Prozent, Holzindustrie 219,2 Prozent, Holzindustrie 163,16 Prozent, Holzindustrie 493,9 Prozent, Holzindustrie 179,5 Prozent und in der Holzindustrie 180,88 Prozent, im Durchschnitt 189,37 Prozent. Das ist ein gewaltiger Aufschwung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion, somit der Produktivität und der

kapitalistischen Entwicklung, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes.

Der Zahl nach sehr bedeutend ist die Vermehrung der P. S. beim Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, sie beträgt 1 293 236, während sich die Betriebsfälle nicht ganz verdoppelt haben, ein Zeichen, daß die Zunahme nur auf Großbetriebe fällt. Das gilt auch für die Gruppe der Maschinenindustrie mit einer Zunahme von 877 460 P. S., wohl ebenso auch für die Gruppe der Metallverarbeitung mit einer Zunahme von 361 529 P. S. und für die Gruppe der Nahrungs- und Genussmittel mit einem Mehr von 400 832 P. S. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß in diesen Großbetrieben vielfach eine Umwandlung eigener Pferdebäueren in elektrische Kraft vorkommt, so bleibt nach Abrechnung dieser doppelt gezählten P. S. immer noch eine Steigerung der motorischen Kraft in Preußen von mindestens 160 bis 170 Prozent übrig.

Daß mit dieser Entwicklung der Maschinenarbeit auch eine Konzentration der Produktion verknüpft ist, ergibt sich auch aus der im gleichen Heft der Zeitschrift des k. preussischen statistischen Landesamtes mitgeteilten Statistik über die Entwicklung der Riesenbetriebe in Preußen. An Unternehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich 1895 in Preußen 208 mit 468 778 Personen und 552 741 verwendeten Pferdestärken, 1907 aber 385 mit 957 467 Personen und 1 832 172 P. S.; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,10 Prozent der Betriebe, 141,57 Prozent der Personen und 231,47 Prozent der P. S. Da sich im gesamten Gewerbe Preußens in der gleichen Zeitspanne die Betriebe nur um 10,60 Prozent, die Personen nur um 43,29 Prozent und die P. S. (ohne Berücksichtigung der elektrischen Kraft) nur um rund 130 Prozent vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riesenbetriebe ungleich viel stärker gewesen und somit ein bereits ausgesprochenes Zeichen der Entwicklungsrichtung, wie der Vorbericht in der Zeitschrift des k. preussischen statistischen Landesamtes sehr richtig sagt. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riesenbetriebe zu entnehmen. Auf solche fielen von 1000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 erst 69,8, 1907 aber 118,5 und von 1000 P. S. 254,5 bzw. 332,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riesenbetrieb 1895 mit 1965, 1907 aber mit 2565 Personen und mit 3657 bzw. 4759 P. S.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur Konzentration, zu immer größeren Riesenbetrieben und zu immer größerer Verwendung motorischer Kräfte wird in den Darstellungen des preussischen statistischen Landesamtes deutlich gezeigt. Ist diese Entwicklung aber vorhanden — was niemand mehr bezweifeln kann —, dann kann auch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Endresultat einer solchen fortgesetzten Konzentration und Steigerung der Produktion der Sozialismus wird sein müssen.

## Die Arbeiten des Reichstags. Das voraussichtliche Scheitern der sozialpolitischen Geleise.

In den Arbeiten des Reichstags werden rechtsstehenden Blättern von parlamentarischer Seite folgende sehr beachtenswerte Mitteilungen gemacht:

„Als wünschenswert wird allgemein eine Ueberprüfung der Fraktionen betrachtet. Denn da die Verabschiedung des gesamten Materials kaum zu erwarten ist, so ist es notwendig, darüber klar zu werden, welche Gesetze vor den Wahlen noch unter Dach zu bringen sind. Es ist beabsichtigt, vor dem Beginn der zweiten Haushaltsberatung, die am 17. Januar voraussichtlich ihren Anfang nehmen wird, die Rubrik zum Staatsgesetzbuch als dringendes Vorhaben und die erste Beratung der elf wichtigsten Verfassungsprojekte zu erledigen. Da eine Einigung über das Arbeitsstammengesetz in der nächsten Zeit nicht erzielt werden wird, so wird die dritte Lesung vorläufig noch hinausgeschoben werden, was gleichbedeutend mit einem Scheitern des Gesetzes wäre. Auch die glatte Einigung des Heimarbeitengesetzes wird nicht leicht zu erreichen sein, da auch hier zwischen der Mehrheit des Reichstags und der Regierung verschiedene Gegenstände bestehen. Auf die Entscheidung des Wettwachsneuergesetzes legt die Regierung großen Wert. Das gleiche gilt für das Reichsbeförderungsgesetz. Wenn die zweite Haushaltsberatung am 17. Januar beginnen sollte, so stehen für die Beratung nach Abzug aller Feiertage 60 Tage bis zum 31. März zur Verfügung, ein Zeitraum, der bisher für die Haushaltsberatung ausgereicht hat. Vor dem Beginn der Oberferien steht jedoch noch eine Woche für das übrige Material zur Verfügung, während nach Oben der Reichstag höchstens noch sechs Wochen wird zusammengehalten werden können. In diesen sieben Wochen sollen die Reichsbesetzungsarbeiten, die Strafprozessordnung und das Privatbeamtenbesetzungsrecht zur Verabschiedung gelangen. Schon heute darf angenommen werden, daß alle drei Gesetze unerledigt bleiben und ihre endgültige Verabschiedung dem neugewählten Reichstage vorbehalten bleibt.“

Wenn die Reichstagsarbeiten tatsächlich in der Art verlaufen würden, wie es in dieser Mitteilung in Aussicht gestellt ist, dann muß gefast werden, daß das Ende dieser Gesetzgebungsperiode sich würdig dem gesamten bisherigen Namen des „nationalen Reichstages“ anreihen wird. Allen wichtigeren sozialpolitischen Geleisen wird das Schicksal des Reichstagsbeschlusses prophezeit. Diese Gesetzentwürfe sind weit davon entfernt, auf soziale Politik zu bringen, sie sind zum Teil durchaus antizipal, aber die heutige Gesetzgebungs-

maschinerie ist überhaupt nicht imstande, etwas fertig zu bringen. Wie die preussische Wahlreform eben geschickter ist, so sollen auch die Hilfsvorlagen der Sozialpolitik zugrunde gehen.

Ein schlimmeres Zeugnis könnte dem heutigen Kurs nicht ausgestellt werden, als wenn es so käme, wie in der obigen Mitteilung angekündigt wird. Die deutschen Wähler müßten strengstes Gericht halten!

## Der bewaffnete Frieden.

Der französische Volkswirt Edmond Lhéry hat sich die Mühe genommen, die Summen herauszurechnen und zusammenzustellen, die in den letzten fünfundsiebzig Jahren von den einzelnen Staaten für Rüstungszwecke ausgegeben worden sind. Es ist eine erbärmliche Tabelle, die er im *Matin* veröffentlicht. Die Budgets von 1883 und 1908 werden miteinander verglichen; in diesem Zeitraum sind die Ausgaben für Krieg und Marine gestiegen: in Deutschland von 504 auf 1504 Millionen (Frank), in England von 702 auf 1487 Millionen, in Oesterreich-Ungarn von 348 auf 529 Millionen, in Frankreich von 780 auf 1100 Millionen, in Italien von 311 auf 457 Millionen, in Rußland von 864 auf 1511 Millionen, in verschiedenen anderen Ländern zusammen von 593 auf 948 Millionen. Es sind also die Kriegsausgaben in den Jahren 1883 bis 1908 von 4111 auf 7336 Millionen gestiegen, was auf jedes Jahr eine Vermehrung von 137 Millionen und im ganzen eine Steigerung um 88 Proz. ausmacht. Die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt rund 145 Milliarden; so viel hat also in fünfundsiebzig Jahren der bewaffnete Frieden Europa gekostet.

Die Vermehrung ist bei den einzelnen Ländern verschieden; sie ist am höchsten in Deutschland, nämlich 193 Prozent; dann folgt England mit 112, Rußland mit 69, Oesterreich-Ungarn mit 66, Italien mit 47, Frankreich mit 39 Prozent. Aber auch die kleineren Staaten haben ihr Kriegsbudget beträchtlich vermehrt; in dem genannten Zeitraum hat sich das Kriegsbudget vermehrt: in Schweden um 90 Millionen, in Spanien um 49, in der Türkei um 46, in Portugal um 37, in der Schweiz um 20, in Dänemark um 25, in Rumänien um 26 Millionen usw. Zu bemerken ist dazu noch, daß die außerordentlichen Ausgaben nicht mitgerechnet sind, so nicht die Zinsen von Kriegsanleihen, nicht die wirtschaftlichen und sozialen Verluste, nicht die besonderen Kriegskosten zum Beispiel für den japanisch-amerikanischen, den russisch-japanischen und den Burenkrieg. Der letztere hat England 5 1/2 Milliarden, der russisch-japanische Krieg den Russen 6 1/2, den Japanern 5 Milliarden gekostet. Und was war das Ergebnis dieser Kriege? Die Buren haben ihre Selbständigkeit im südafrikanischen Föderativstaat und Rußland und Japan haben ein freundschaftliches Abkommen geschlossen. Das hätte man jedenfalls viel billiger haben können, wenn die verantwortlichen Staatsmänner vernünftiger gewesen wären.

Wie lange noch wollen die Nationen, die sich zivilisiert dünken, diesen ungeheuren Wahnsinn der wechselseitigen Wettbewerben fortbetreiben?

Das kapitalistische Zeitalter hat zugleich das wilde Rüstungsfieber gezeitigt. Die Völker müssen Kapitalismus und Militarismus, die aus einer Wurzel wachsen, zugleich bekämpfen, wenn sie vor dem Moloch der Kriegsrüstungen endlich Ruhe bekommen wollen!

## Was dem Kapital erlaubt ist, aber nicht den Arbeitern.

Kontrollrecht und Strafgewalt der Kartelle. K. Das Rheinisch-Westfälische Gewerkschaftsverband in Bochum liegt mit der Fabrik Meteor im Streit. Zur Untersuchung von Differenzen hat der Aufsichtsrat des Syndikats, wie der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet, den Professor Gory in Groß-Viecherfelde und den Direktor Jannßen in Bochum beauftragt. Dieser beiden Beauftragten hat die Fabrik Meteor den Zutritt zu den Fabriktabissements und die Einsichtnahme in die Bücher verweigert, trotzdem jedes dem Syndikat angehörige Werk vertraglich hierzu verpflichtet ist. Infolge dieser Differenz hat der Aufsichtsrat des Syndikats folgenden Beschluß gefaßt:

1. mit 20 000 M., weil Meteor dem vom Aufsichtsrat mit einer Revision beauftragten Herrn Professor Gory den Zutritt zur Fabrik verweigert hat;
  2. mit 20 000 M., weil das Werk Meteor den mit einer Revision beauftragten Direktor Jannßen die Aktien und Bücher nicht zur Einsichtnahme vorgelegt hat;
  3. mit 20 000 M., wegen seiner Lieferungen in „Meteor Extra“ an die Hgl. Eisenbahn-Direktion in Köln.
- Sonstige Differenzen werden vorstehende Summen gegen die sich ergebenden Guthaben des Werks Meteor so lange verrechnet, bis die 60 000 M. gedeckt sind.
- Von der hiesigen Presse wird gegen diese Praktiken des Rheinisch-Westfälischen Gewerkschaftsverbandes, die auch von den übrigen Kartellen geübt werden, kein Einwand erhoben, sie registriert die Affäre ohne ein Wort der Kritik. Man nehme



mit den Fall, daß eine Arbeiterorganisation gegen Wort- und Vertragsbrüche gewordene Mitglieder Maßnahmen anwenden würde, die denen des Arbeitsrechtsentscheidungsorgans nicht laienhaft zu sein scheinen. Es ist gar nicht auszudenken, welcher Sturm der Entrüstung sich in der kapitalistischen Klasse erheben würde, Polizei und Justiz würden aufgerufen werden, der Reichsfiskus Reichmann-Gollwitzer würde die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um am Reichstag den Antrag und Entschlüsse zu geben, daß die Regierung bemüht sei, auf vertriebenen Wegen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern.

Wenn irgend ein Unternehmer die Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterklasse ablehnt, dann verliert er, diese Nichtachtung und Provokation der Arbeiterklasse mit dem Spruch zu begründen, er wolle „Herr in seinem Hause“ sein. Vielleicht geben die jetzt so betrüblichen Geleiten des Scharfmachertums der Öffentlichkeit auch einmal die Auskunft, wie sich Arbeitsverhältnisse der dargelegten Art mit diesem „Herr in Hause“ verhalten. Wenn ein Unternehmer einem ihm ins Haus geschickten Ermittlungsbeamten den Eintritt verweigert, hat er dem Ermittler die Strafe von 20000 M. zu entrichten, die gleiche Strafe hat er als Strafe zu zahlen, wenn er seine Bücher und Akten dem Ermittlungsbeamten nicht zur Einsicht vorlegen will. Alles ist gut und schön. Wehe aber dem organisierten Arbeiter, der einen Streikbrecher nachdrücklich an die Schwadtscheit und Verwerflichkeit seines Handelns erinnert und ihn zur Solidarität zu überreden sucht. Dann ist die persönliche Freiheit der Arbeitswilligen gefährdet, zum Schutz der Arbeit, wie der Ausdruck so schön lautet, werden Polizeimassen aufgebaut, reisenden Jaren gleich sind die Arbeitswilligen bei Tag und Nacht von Polizeigenossen umgeben, die verhindern sollen, daß den Streikbrechern Aufklärung über ihr schändliches Tun gegeben wird. Das diese Praxis genügt den Scharfmachern nicht, um die persönliche Freiheit der Streikbrecher zu schützen, sie weisen das glatte und reine Verbot des Streikpostenlebens überhaupt.

Angesichts des Terrors des Großkapitals und der von seinen Agenten so rühmend beteuerten Sorgen um einen ausreichenden Schutz der persönlichen Freiheit mußte also unbedingt die Forderung erhoben werden, das durch die Ermittler bedrückte und eingeschüchterte Unternehmertum gegen die fortwährenden Ausschreitungen der Kartellbildungen wirksam zu schützen.

Aber an solchen „Schutz der Freiheit“ wird nicht gedacht. Das Großkapital ist längst so mächtig geworden, daß es in der Terrorisierung der Unternehmer, die ihre besonderen Wege neben wollen, nicht behindert werden kann. Was bei den Arbeitern als Verbrechen ausgeführt wird, das ist bei den Unternehmern „gutes Recht“!

Und doch sagen manche Leute, es gebe nicht zweierlei Recht im heutigen „Rechtsstaate“!

## Deutsches Reich.

### Zammungsbemühungen der Schwarzblauen.

Je näher die Reichstagswahlen kommen, desto schwächer wird den Strömungen des schwarzblauen Blochs zu Rute. Ihnen ist nicht sehr wohl bei dem Gedanken, daß sie die Kräfte, die das Volk als Leitung für ihre reaktionären Heldentaten auszuweisen wird, allein tragen sollen, deshalb haben sie angstvoll nach Hilfe aus. Und zwar spezifizieren sie auf Unterstützung von nationalliberaler Seite. Die Hoffnung darauf, daß sich die gesamte nationalliberale Partei in ihren Blockwagen wird einpacken lassen, scheinen sie aufgegeben zu haben, aber sie glauben, daß sie wenigstens den rechten Flügel der Nationalliberalen heranzuziehen werden. Auf der Generalversammlung des Augustinervereins, des Vereins für die katholische Presse, in Köln wurde nach einem Bericht der Augsburger Abendzeitung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Regierung mit einer Mehrheit, die allein aus Zentrum und Konservativen bestünde, nur schlecht würde arbeiten können. Daraus ergab sich, daß im Interesse der Gesundheit unseres politischen Lebens wenigstens ein Teil der Nationalliberalen zur rechtsstehenden, positiv arbeitenden Mehrheit unbedingt erforderlich ist.

Von konservativer Seite laßt man die Nationalliberalen durch Drohungen fette zu kriegen. Man werbe, so heißt es, sie bei den nächsten Wahlen nicht mehr unterstützen, sie nicht besser behandeln als die Fortschrittler. So erklärte der frühere Staatssekretär v. Müller auf dem pommerischen konservativen Parteitag:

„Wenn es der alte Nationalliberalismus noch wäre, nicht der von Wasserfall bis Bebel, dann wünschte ich ihm bei den nächsten Wahlen recht viele Siege. Aber wo er bloß Futter für die Linke ist, Futter für die Sozialdemokratie, kann ich in der Stichwahl einem Nationalliberalen die Stimme nicht geben.“

Sehr schlecht ist ein Herr v. Willow, der in der Kreuzzeitung zum Wort kommt, auf Herrn Wasserfall zu sprechen, der schon längst dem Großblock mit Haut und Haaren verfallen wäre, wenn nicht immer noch vom rechten Flügel der Partei her ein Haß ertönte. Es ist, so heißt es in dieser Zeitschrift weiter, ein gewaltiger Unterschied, ob man einen rechtsnationalliberalen unterfüge oder einen Jungliberalen. Die rechtsnationalliberalen können nur unterliegen, wenn sie sich von Wasserfall und den Jungliberalen offiziell loslagern.

In einer anderen Zeitschrift, die die Kreuzzeitung angeht, aus dem Westen bekommen hat und die sich mit der Neujahrsehrheil des Herrn Wasserfall befaßt, wird versucht, den Nationalliberalen damit Angst zu machen, daß ihnen vorgehalten wird, durch Ermüdung der Konservativen würde nur das Zentrum wieder in seine frühere ausschlaggebende Stellung gebracht werden, so daß es mit der Sozialdemokratie wieder eine Abwehrmacht bilden können. Mit der nationalliberalen Laits würden nur die Geschäfte der Sozialdemokratie beizugehen.

In einer empfindlichen Stelle laßt die konservative Korrespondenz die Nationalliberalen zu waden, indem sie die konservativen Anbiederungsversuche bei den Großindustriellen fortsetzt. Man wird nicht feilschen, wenn man auch hierin einen Versuch erblickt, die Nationalliberalen einzuschüchtern. Was sollte denn aus der nationalliberalen Parteifasse werden, wenn es den Konservativen gelänge, die Herren von Rohle und Eisen der nationalliberalen Partei absperrung zu machen?

Die konservative Partei sei diejenige, die aus ihren Generalanstellungen heraus der Industrie am nächsten stehe. Sie stehe allen

lassen sozialen Fortschritten, die in letzter Linie eine Revolutionierung unseres gesamten Staatslebens herbeiführen, fest entgegen, während der gesamte Liberalismus — früher wäre das nicht der Fall gewesen — geneigt sei, wertvolle Autoritätsrechte des Unternehmertums einzuzugewinnen und preiszugeben.

Die Herren von der Großindustrie würden weiter nichts tun, als sich öffentlich zu dem bekennen, was sie schon längst sind, wenn sie sich der konservativen Partei anschließen. Diejenigen Nationalliberalen aber, die auch nur den Schein wahren wollen, daß bei ihnen noch ein bißchen Liberalismus zu finden ist, dürfen sich durch die schwarzblauen Lockungen und Drohungen nicht rühren lassen. Verzichten sie auf den Kampf gegen den schwarzblauen Bloch, so würden sie jeden Rest von Kredit, den sie etwa noch bei den Wählern haben, verlieren. Und der Dank der Schwarzblauen würde — man denke nur an die Vorgänge während der Wollwischen Blockade — in Gestalt von Zutritten nicht ausbleiben.

### Nationale Arbeiterkandidaturen.

Ein helles Licht auf reizende Unternehmernschaften wirft ein Briefwechsel, der unserem Dresdener Parteiorgan, der Volkswacht, auf den Redaktionstisch gestiegen ist.

Im den Wahlkreis Waldenburg dem Sozialdemokraten Eadie zu entziehen, gedachten die dortigen Grundbesitzer es mit der Aufstellung eines „nationalen Arbeiterkandidaten“ zu versuchen, und zwar fiel, da man in Sachsen niemand fand, den man der Ehre für würdig erachtete, die Wahl auf einen Freund der „nationalen Arbeiterbewegung“ in Westfalen, einen Herrn Wilhelm Hoppstädter in Bielefeld. Der Direktor der Räumlichen Gruben, ein Herr Müller, schrieb also an Herrn Hoppstädter und bat ihn die Reichstagskandidatur im Waldenburger Wahlkreis an. Doch Herrn Hoppstädter liegen einige Bedenken auf, und er schrieb zunächst an Herrn Müller folgenden Brief:

„Mein lieber Herr Müller!  
Ihre Briefe über die Frage, ob meine Verhältnisse und mein Gesundheitszustand mir gestatten, die dortige Wahlkandidatur anzunehmen. So viel ich weiß, ist Sache ziemlich fest im Saftel, und die „Zeitläufe“ sind nicht dazu angetan, die Zahl der Sozialdemokraten zu vermindern. Außerdem habe ich gelinde Zweifel, ob mein fortgeschrittenen sozialer Standpunkt den dortigen nationalen Parteifreunden behagt. Die westfälischen Großindustriellen hatten sich eine gelinde Abneigung gegen mich, obgleich es doch klar ist, daß ein industrieller Wahlkreis nur von einem ehrlichen Arbeiterfreund zu erobern und zu verteidigen ist. Ich bin am liebsten geneigt zu behaupten, daß ich als Reichstagskandidat den Wahlkreis Bodeham nicht verloren hätte. Werde ich in Waldenburg genehmer sein wie in Westfalen?  
Mit besten Grüßen auch von den Meinigen  
Ihr  
Wilhelm Hoppstädter.“

Herrn Hoppstädters Vorsicht war sehr am Platze, denn die Antwort, die er erhielt, läßt einen klaren Schluß zu, welche Zwecke das Grundkapital mit seinen „nationalen Arbeiterkandidaten“ verfolgt. Herr Regierungsrat v. Reindorf, der Generaldirektor der Kaiserlich Preussischen Gruben, der inzwischen die Sache in seine Hand genommen hatte, antwortete dem „ehelichen Arbeiterfreund“:

„Sehr geehrter Herr Hoppstädter!  
Ich würde Sie gern bitten, in einer hier demnächst anzukommenden Wahlversammlung einen Vortrag zu übernehmen, möchte aber mit Rücksicht auf eine Verabredung ihres Schreibens um eine Aufklärung bitten. Die hauptsächlichen Mitglieder des Wahlvereins sind hier konservativ und industriell. Sie schreiben, daß Sie einen fortgeschrittenen sozialen Standpunkt einnehmen. Ich weiß nicht, ob Sie damit eine so weit gehende Arbeiterfreundlichkeit andeuten wollen, daß Sie etwa im Poladomstischen Sinne die Arbeiter noch weiter auf Kosten der an sich schon erschöpfend belasteten Industrie beschützen und pflegen wollen oder ob Sie im wesentlichen die heute bestehende Bürgerversicherung erachten. Wir können als die von den Neuerungen der letzten Jahre hauptsächlich Betroffenen nur wenigstens dem weiteren Fortschreiten der sozialpolitischen Verfassung nicht das Wort reden und würden deshalb sehr verständlich nicht gern leben, wenn in unseren Verfassungen etwa derartige Arrangements zum Ausdruck kämen. Ich bitte Sie um die Mitteilung Ihrer Auffassung hierüber und um Neuerung nach, ob und worüber Sie hier eventuell zu sprechen bereit sein werden.  
Gedächtnisvoll ergebenst  
Der Vorsitzende  
J. G. v. Reindorf, kgl. Regierungsrat a. D.“

Das Schreiben ist charakteristisch für die Anschauungen der Grundbesitzer. Sogar die milde, jaghafte Sozialpolitik eines Poladomstsch erscheint diesen Herren schon als hyperkritikal. Die Arbeiterverflechtung kostet Geld, und um dieses Geld werden die Riesen-einkünfte der Domänen und Pflanz, der Tele-Windler und Wasserwerk vernichtet.

Aus der „nationalen“ Kandidatur des Herrn Hoppstädter ist denn auch nichts geworden. Der Versuch der Aufstellung solcher „nationalen Arbeiterkandidaten“ wird in anderen Kreisen wiederholt werden. Der obige Briefwechsel zeigt, welchen sauberen Zwecken das ganze Manöver dient.

### Ueber den Roabiter Prozeß

veröffentlicht Hofgang seine einen Aufsatz im Münchner März. Er laßt darin u. a.: „Die Verteidigung muß ihre Beweisführung fortsetzen, bis den Reaktionsären auch die Ausrede abgeschnitten ist, es könnten wohl einzelne durch die Erregung erklärliche „Wißgriffe“ von Beamten untergelaufen sein, und bis das Maß der Schuld der Polizei unerschütterlich feststeht.“

Freilich dreht es sich jetzt nicht mehr bloß um die Angeklagten, sondern um die Abwehr von Anschlügen auf die politischen Rechte und die wirtschaftliche Organisation des Volkes. Es handelt sich vor allem auch um das Recht der Angeklagten auf volle Freiheit der Beweisführung im Strafprozeß, das die Regierungsbeteiligten möchten. Wenn irgend etwas, so beweist dieser Prozeß die Notwendigkeit der heute geltenden Bestimmungen.

Als politische Tendenzaktion hat dieser Prozeß begonnen. Er muß nun so bis an bittere Ende ausgefohrt werden. Wenn läßt wird, wenn er wochenlang in der Zeitung immer wieder von neuen Rohheiten lesen muß, der möge diejenigen dafür verantwortlich machen, die schon in die Anklage die politische Tendenz hineingetragen haben.“

### Die Kartellfrage in der Reichsversicherungsordnung.

Nach Meldung einer parlamentarischen Kartellkommission ist eine Verhandlung unter den Reichstagsparteien in der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstags über die Lösung der Kartellfrage eingeleitet worden. Die Meldung besagt:

„Die Verhandlung beruht darauf, daß die in der Vorlage vorgelegten Vertragsauswürfe als solche überhaupt in Fortfall kommen sollen. Bedinglich ihre Funktion, als Einigungssamt zu wirken, soll erhalten bleiben. Bei dieser Lösung bliebe es also beiden Parteien überlassen, auf dem Wege freier Vereinbarung zu einem Vertragsverhältnis zu gelangen. Es würde lediglich eine Instanz geschaffen, deren Entscheidung die Parteien anrufen können, wenn eine Verständigung nicht zu erzielen ist. Nun kann aber einem solchen Einigungssamt die Befugnis zu bindender Entscheidung nicht gegeben werden und so bleibt die Möglichkeit bestehen, daß ein Vertrag zwischen einer Kasse und den Versicherten nicht zustande kommt. Um in solchen Fällen unter allen Umständen eine ordnungsgemäße ärztliche Versorgung der Kassenglieder sicher zu stellen, sollen die, die trotz ihrer Bereitwilligkeit, sich dem Spruch des Einigungssamts zu unterwerfen, durch die Ablehnung der Karte zu einem Vertragsabschluss nicht gelangen können, berechtigt sein, statt ärztlicher Versorgung die erforderliche Krankenpflege durch erhöhtes Krankengeld zu gewährleisten, mit dem sich der Versicherte die Krankenpflege selbst zu beschaffen hat. Man stimmt an, daß die Regierung dieser Lösung zustimmt und sich auch im Plenum des Reichstags eine Mehrheit finden wird.“

### Die Ursachen des Rußland von Pönape.

Das antislavische Deutsche Kolonialblatt veröffentlicht eine Verordnung des stellvertretenden Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea vom 7. Oktober 1910, durch die allen männlichen Eingeborenen des Inselgebietes der Karolinen, Palau, Marianen- und Marshallinseln eine Kopfsteuer auferlegt wird. Von der Steuerpflicht sind die Angehörigen der Polizeitruppen, die Väter von mehr als vier im Inselgebiet wohnenden unermwachsenen Kindern und die als Vertragsarbeiter angeworbenen nicht einheimischen Eingeborenen ausgenommen. Die Steuer bewegt sich zwischen 20 und 40 M. für den Kopf; sie kann durch Steuerarbeit ersetzt werden.

Es ist wahrhaftig, daß der „Kulturlegen“ der Kopfsteuer die unmittelbare Ursache der Eingeborenenhebung war, die jetzt durch neue Kulturarbeit, durch Strafexpeditionen erstirkt wird.

Manbatsmüde. Der fortschrittliche Abgeordnete Ender S. der bei den Wahlen im Kreis Sauerberg gewählt wurde, hat seine Forderung, in dem Kreis wieder zu kandidieren, mit Rücksicht auf die völlig veränderten Verhältnisse im Wahlkreis zurückgezogen. Diese völlig veränderten Verhältnisse bestehen darin, daß der Fortschritt so ziemlich abgemindert hat und seine Niederlage im kommenden Wahlkampf nicht zweifelhaft sein kann. Abg. Ender S. legte mit 13 1/2 Stimmen über den Gewinnselbsthaus, auf den 12 1/2 Stimmen gefallen waren.

Schönungskriter in Hamburg. Der Ausschuss der Hamburger Bürgerwehr, der über eine Abänderung des Hamburgerischen Erbschaftsteuergesetzes berät, schlägt dem Senat vor, die in Hamburg längst bestehende Erbschaftsteuer für Abkömmlinge durch eine Schenkungssteuer auf Abkömmlinge zu erweitern. Die Bedenken, daß dadurch der berühmte germanische Familienstamm in Gefahr gerate, wurden durch den Hinweis beseitigt, daß die Schenkungssteuer für Abkömmlinge in Bremen, wo sie seit 1904 besteht, zu keinerlei Ungünstigkeiten geführt habe.

Der Vorsitzende von Glasbach L. Thür. hatte sich am Streit der Sozialarbeiter beteiligt und pflichtgemäß auf Streikposten gegangen. Im Wege des Disziplinarverfahrens wurde er wegen dieser „Verbrechen“ vom Landrat in Königsee zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Auf Rekurs entschied das Schwarzburg-Rudolstadtische Ministerium, der Landrat habe mit Recht durch eine Ordnungsmaßnahme erteilt, daß sich der Vorsitzende als Verwalter der Ortspolizei an dem Streik und am Streikpostenlehen, das an und für sich keine strafbare Handlung beder, beteiligt habe.

Kleine politische Nachrichten. Bukarester Meldungen zufolge wird das liberale Kabinett Brasiliu in den nächsten Tagen zurücktreten und der Führer der Konservativen, Carp, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Dem konservativen Parteiführer Carp dürfte ein einflussreicher Anhang fehlen, weil die demokratischen Strömungen in den letzten Jahren im Lande überall die Oberhand gewonnen haben. — Die türkischen Wollschafher bei den Kremlschichten sind draustrag worden, nicht nur wegen der Vollerung des griechischen Vertriebungsgesetzes durch die türkische Kammer, sondern überhaupt gegen die Anwendung der griechischen Gesetzgebung zu erheben. Wie in den Kreisen der Horte verlautet, erhält die Horte fortwährend die günstigsten Versicherungen der Fremdmächte bezüglich der Streikfrage. — Das Pissaboner Anstaltsblatt veröffentlicht einen Erlaß der Regierung, daß ein Staatsvertrag zwischen Italien und Portugal über eine Grenze für die Admign Witwe Maria Pia erst nach dem Zusammentritt des portugiesischen Parlaments abgeschlossen werden kann; einverleihen soll der Admign Witwe monatlich ein Betrag von zwei Kontos Reis gezahlt werden. — In Honduras, wo der frühere Präsident Bonilla bei Wertes Cortes gelandet und sich zum Präsidenten der Republik proklamiert hat, haben die Unabhängigen weitere Erfolge zu verzeichnen. Ein Telegramm aus Neuorleans vom 3. Januar meldet: Einem Telegramm aus Puerto Barrios zufolge hat das Rannensboot der Unabhängigen Hornet, Trullio genannt, die Garulson der Insel Rookan hat sich ohne einen Schuß abgesetzt, ergeben und den Revolutionären angeschlossen.

## Ausland.

### Türkei.

#### Die Schwierigkeiten des Kabinetts.

Konstantinopel, 3. Januar. Die Situation des Kabinetts hat sich seit der letzten Abstimmung, in der ein gegen die Regierung gerichteter Antrag nur mit der geringen Mehrheit von 99 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde, nicht gelüftet und nicht gebessert. Man geht infolgedessen jetzt einer sehr unsicheren parlamentarischen Situation entgegen. Bei der letzten Abstimmung haben auch zahlreiche jungtürkische Abgeordnete sich der Stimmgabe enthalten, denn sie sehen die Wortführer der Opposition für berechtigt an, daß die Regierung Dr. Mian Kur zu Unrecht wegen angeblicher Umtriebe die monatelang gefangen gehalten und andere politische Forderungen habe mishandeln lassen. Man berechnete jetzt, daß infolge dieser Scheidung der Weister die Kabinettsmitglieder 70 Mitglieder verloren hat. Zwar trüht sich der Lanin damit, daß der Rest der Partei, der nunmehr geringst sei, einen um so festeren Block bilde. Die Regierung aber wird sich klar sein, daß kein Kabinettsmitglied sich dauernd auf eine so schwache Partei gegenüber einer Opposition von 170 Stimmen zu stützen vermag. Andererseits vermag allerdings die Opposition in viele heterogene Elemente, daß auch hier Stabilität und einheitliches Programm nicht wahrscheinlich sind. Die Presse sieht die innere Lage ernst an. Viele Abgeordnete und auch der Großweiser zeigen Müdigkeit und Unzufriedenheit.

### Bulgarien.

#### Die Ministeranklage.

Sofia, 3. Januar. In der heutigen Sobranjensitzung hielten die angedeuteten Minister Replikten auf die gegen sie gerichteten Anklagen, indem wurde die Abstimmung des Antrages auf Erhebung der Anklage vorgenommen. Der Antrag wurde von der Sobranje einstimmig angenommen. Daraus wurde eine zwölfgliedrige Untersuchungskommission gewählt.







# Achtung!

Bei billig kaufen will, aber  
 kein Geld haben: Herren-  
 paletots von 8 R. an, An-  
 züge von 8-15 R., Schuhe  
 von 1,50 R. an, g. Kostüme  
 von 5 R. an, Röcke von 2 R.  
 an. Auch neue Sachen sehr billig.  
 Nur Galeriestr. 11, I.

Residenztheater

# TAIFUN

Größter Schauspiel-Erfolg  
 des Jahres 1910

Näheres siehe Tagesblatt

Schauspiel in 4 Akten  
 von Melchior Lengyel

## Feldschlösschen, Raditz Theater!

Donnerstag den 6. Januar 1911  
 Ein Abenteuer in Ostende.  
 Schluß in drei Akten  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Vorkauf 40 u. 70 Pf. bei Herrn  
 W. v. R. Reichardt.

Oeffentliche politische Versammlung.

# Medingen u. Umg.

Sonntag den 8. Januar 1911, nachmittags 4 Uhr

# Volks-Versammlung

in Hauswalds Gasthof in Medingen.

Tages-Ordnung:

## Was will die Sozialdemokratie?

Referent: Landtagsabgeordneter  
 Robert Wirth, Dresden.

Debatte.

Massenhaftes Besuch erwartet

Der Einberufer: Paul Umlauf, Medingen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

## An alle Heizungs- u. Hilfsmonteuere, = Helfer und Hilfsarbeiter!

Sonabend den 7. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr,  
 im „Dresdner Volkshaus“, Riesenbergstraße Nr. 2

## Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zu demjenigen Firmen, welche den neuen Tarif  
 nicht untergeordnet anerkannt haben. — 2. Frauenangelegen-  
 heiten. — 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Zentralverb. d. Schuhmacher Deutschl.

Zahlstelle Dresden.

Donnerstag den 5. Januar 1911, abends 8 1/2 Uhr, in dem  
 Blumenthalen, Blumengasse, im kleinen Saal, 1. Etage:

## Versammlung

aller in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Der Heimarbeitertag in Berlin. Referent: Kollege Weißer,  
 anschließend die Wahl einer Delegierten.  
 2. Verschiedenes.  
 Wir erlauben sämtliche Kollegen und Kolleginnen, in dieser Ver-  
 sammlung zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiterverband.

Donnerstag den 5. Januar 1911 im großen Saal des  
 Kristallpalastes, Schäferstraße

## Familien-Abend verbunden mit Weihnachts-Feier.

Die Darbietungen bestehen in Tanz, Christbaum- u. Geschenkeverlosung.  
 Der Ertrag wird zur Verbesserung für die Kinder der  
 Arbeitslosen verwendet.

Karten sind bei den Kassierern und Vertrauensleuten zu haben.  
 Eintritt pro Person 30 Pf. inkl. Tanz. — Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.  
 Zahlreichem Besuch sieht entgegen. Die Verwaltung.

## Varieté Musenhalle

Vorstadt Löbtau Strassenbahnlinie 7.  
 Heute neues Programm!

Durch schäumende Wogen, Seemannsbild mit  
 Gesang in 1 Akt  
 Die Mustergattin, Schwank in 1 Akt  
 sowie der vorzügliche Solistenteil. — Vorzugskarten Günstigkeit.

## Restaurant-Übernahme.

Der gebieterischen Einmütigkeit von Deuben und Umgegend  
 bringen wir zur freundlichen Kenntnis, daß wir das

## Gasthaus Stadt Dresden in Deuben

übernommen haben. Indem wir für das und in unserem früheren  
 Lokale Westendischlichen bewiesene Wohlwollen bestens danken,  
 bitten wir, dasselbe auch auf unser neues Heim übertragen zu wollen.  
 Wir werden bestrebt sein, nur ff. Speisen und Getränke zu ver-  
 abreichen. Hochachtungsvoll

Paul Greiner und Frau.

# Erklärung.

Ich, der Unterzeichnete, Bedauere hierdurch, Herrn Paul Böttner, musikalischen Leiter des  
 Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Dresden, durch zwei ihm anonym zugesandte Postkarten beleidigt zu  
 haben. Ich bitte hiermit öffentlich Herrn Böttner wegen der ihm zugesandten Unbill um Verzeihung  
 und bin Herrn Böttner zu Dank verpflichtet, daß dieser die angelegentlichste Privatklage wegen öffent-  
 licher Beleidigung auf meine Bitte zurückziehen wird.

Im Hinblick an Vorstehendes erkläre ich noch besonders, daß ich zu der Einsicht gekommen  
 bin, in den anonymen Postkarten den Charakter des Herrn Böttner in ganz ungebührlicher Weise  
 verdächtigt sowie seine musikalischen Fähigkeiten im allgemeinen und seine Leistungen als Bundesleiter  
 im Besonderen ohne jede Verzeihung herabgesetzt zu haben.

Ich habe mich dazu verstanden, die Gesamtkosten dieses Privatklageverfahrens zu tragen und  
 werde mich in Zukunft jedes irgendwie gearteten unrechtmäßigen Angriffes gegen Herrn Böttner  
 Ehre enthalten.

Dresden, den 8. Januar 1911.

Otto Seyffert, Gießermeister.



Und das genügt!

Empfehle  
 guten  
 H. Lösel, Opernstr. 10  
 Niederfeldstr. 8.

Hygienische  
 Bedarfs-Artikel  
 Mutterspritzen  
 Spülkannen, Leibbinden  
 sowie sämtliche  
 Frauen-Artikel  
 Kataloge gratis. 10" Babat.  
**R. Freisleben**  
 nur Postplatz.  
 Man achte auf Firma!

Diese Woche werden wieder  
**Mohnstraße 52**  
 durch an der Leipziger Straße  
 mehrere prima Schweine  
 verpachtet, zu bekannt bill. Preisen.  
 Verkauf schon Donnerstag, Freitag  
 und Sonnabend.

**Gasthof Briesnitz**  
 (Spiegelsäle)  
 Freitag den 6. Januar  
 (Hohes Neujahr)  
**Feiner Ball.**  
 12 Tanzmarken 60 Pf.  
 6 " 30 "

**Zoolog. Garten**  
 Ohne besonderes Eintrittsgeld!  
**Grosse Ausstellung**  
 von Kanarien und Waldvögeln, Liederpfisende  
 Dompfaffen in Winterlandschaft.  
 Eröffnung: Donnerstag, 5. Januar, vorm. 10 Uhr  
 Eintritt: 75 Pf. (Lohnhaber 30 Pf., Kinder 30 Pf.)

**Tymian' Thalia-Theater**  
 8 Uhr 30 Min. Feiert. 8 Uhr. Vom 1. Feiertag ab  
**Das herrliche, total neue  
 Weihnachts-Überraschungs-Programm!!**  
 Ab 1. Feiertag bis 8. Januar, täglich nachm. 4 Uhr: Das Märchen.  
 Alleine Preise! Ab 8. Feiertag TIT-Karten gültig.

**Restaurant zum Sirsch, Postschappel**  
 Vom 5. bis 18. Januar 1911 feiert der  
**jugendliche Riesenknabe Roland**  
 17 1/2 Jahre alt, 2,35 Meter groß, konkurrenzlos!  
**Kommen, sehen und staunen.**  
 Es laßt ergebnis ein Cito Picchio.

**20 Pfennige**  
 kostet ein Pfund lebendfrischer  
**Goldbarsch**  
 ohne Kopf  
 im Geldmaß wie Tafelzander.  
 Ferner empfohlen von den Riesenfängern:  
**Kabeljau** im Anschnitt . . . Pfund 24 Pf.  
**Seelachs** im Anschnitt . . . Pfund 26 Pf.  
**Helgol. Schellfisch**, Pf. 20-36 Pf.  
**Bratschollen** . . . Pfund 45 Pf.  
**Knurrhahn** . . . . . Pfund 25 Pf.  
**Grüne Heringe** 5 Pfund 90 Pf.  
**Nordsee**  
 Webergasse 30.  
 Telephone 2471.  
 Niederlagen:  
 Dresden-Neustadt: Görlitzer Strasse 1.  
 Ochsatzter Strasse 21.

**COLOSSEUM**  
 LICHT-  
 SCHAUSPIEL-  
 HAUS  
 Freiburger Platz.  
 Täglich Vorführung bester und neuester Erscheinungen der  
 Lichtbildkunst ersten, heiteren und belehrenden Inhalts.  
 Die Wiedergabe der Bilder erfolgt auf einer  
**Riesenprojektionswand**  
 unter Verwendung vollkommenster Apparate bei magischer  
 Beleuchtung des Theatersaales. Die Vorführungen werden  
 durch erstklassiges  
**Konzert der Künstlerkapelle Freitag**  
 begleitet.  
 Konditorei. Kaltes Buffet. Ausschank bei Bier. Rauchen gestattet.  
 Geöffnet: Sonnt. v. 2-11 Uhr. Wochent. v. 4-11 Uhr.  
 Man verlasse Vorzugskarten.

**Hasen! Hasen! Hasen!**  
 gepöckelt, von 2,90 R. an  
**Hafermast-Gänse**  
 70 Pf., empfiehlt  
**Karl Schubert, Oppellstrasse**  
 Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
 Karl Zimwilde, Dresden.  
 Verantwortlich für den Inseratenteil:  
 Robert Reuthold, Dresden-Mittell.  
 Druck und Verlag von Raben & Komp., Dresden.



# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3.

Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1911.

22. Jahrgang.

## Sächsische Angelegenheiten.

Sachsen im Jahre 1910.

Als das verfloßene Jahr seine Herrschaft entrat, machten sich in den Erziehungsbereichen der Arbeiterklasse die Folgen der Wirtschaftskrise noch in sehr schmerzlicher Weise bemerkbar. Das größte aller sozialen Uebel, die Arbeitslosigkeit, ließ sich tief, schwer zu heilende Schäden in vielen ärmeren Familien. In den Gewerkschaften, Gewerkschaften und Familien. In den Gewerkschaften, Gewerkschaften und Familien. In den Gewerkschaften, Gewerkschaften und Familien.

Im Laufe des Jahres hat sich das geschäftliche Leben etwas gehoben, in einzelnen Betriebszweigen, wie in der Textilindustrie, herrschte sogar zeitweise Hochkonjunktur, in vielen anderen aber blieb die Arbeitslosigkeit eine erhebliche.

Das politische Leben bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahres vorwiegend um die Verhandlungen und Kämpfe im Landtage, wo neben der schon erwähnten Arbeiterbewegung andere wichtige Fragen zur Beratung kamen und vielfach auch zu scharfen Zusammenstößen der Parteien mit der Regierung führten. Im Vordergrund dieser parlamentarischen Kämpfe steht die Frage der sozialdemokratischen Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Sozialversicherungsgesetz trat die sozialdemokratische Fraktion, die besonders dann allein gegen die volksfeindlichen Kräfte im Landtage, wenn Arbeiterfragen erörtert wurden, ausgesprochenen Kampfscharakter zeigte.

Gettner-Garde nicht mehr mit ansehen mochte. Er trat aus und zeichnete in mehreren Erklärungen scharf die von reaktionären Fraktionisten verurteilte Verfahrensweise und Herangehensweise der nationalliberalen Gruppe. Zum Fall Merkel kam der Fall Langhammer, dessen Tragik immer unangenehmer reißt, je mehr man darin wählt. Schließlich sagte sich die Fraktion Drehscheibe von Langhammer los, der nationalliberale Landesverein schloß ihn ganz aus, aber in Chemnitz land Langhammer noch immer Anhang. Unter persönlich geleiteten Auseinandersetzungen, wobei auch dem nationalliberalen Fraktionsführer Gettner Verleumdungen vorgeworfen und andere Liebenswürdigkeiten gewidmet wurden, trat die Herrschaft der Nationalliberalen immer trostloser zutage. Noch heute ist die Situation im nationalliberalen Lager verworren. Daraus schwanken die politischen Betrachter hin und her. Einmal suchten sie Anschluss bei den Konservativen, dann zeigten sie wieder Neigung zu einem Bündnis mit den Freisinnigen. Seit Monaten zappeln sie so zum Erbarmen zwischen Zucht und Hoffnung, wobei ihnen die Angst vor den kommenden Reichstagswahlen eine getriebene Beschäftigung verleiht.

Die Konservativen rüsteten mit allen Mitteln gegen die Volksschulreform, die sie am liebsten gänzlich hinterzögen wollten. Besonders über den jetzigen widerwärtigen Religionsunterricht halten sie beide Hände. In der gebührenden Weise haben sie besonders gegen die Lehrerschaft mobil gemacht, die für die Zwäueler Thesen eintritt. Alle Register der Verleumdung und Beschäftigung werden gezogen. Dabei erreichten sie aber besonders, daß dem Volke die Augen über den Charakter dieser Partei immer mehr geöffnet werden. Zum großen Teil war das der struppellose Kampfesweise ihres Generalsekretärs zu danken, der liberalen Geist säte und Niederlagen der Konservativen erweute und schließlich nach Berlin verlegt wurde.

In einem aber sind sich sowohl Nationalliberale wie Konservativen völlig klar: Die zukünftigen Wahlkämpfe sollen sich gegen die Sozialdemokratie richten. Sie wird als der gemeinsame Feind erklärt. Wir sind nicht böse darüber und werden beide reaktionären Eliten als politische Schädlinge und gleichwertige Volksfeinde behandelnd und hoffentlich zu Paaren treiben.

### Gemeinderatswahl-1910.

Aus Gaußig wird der Hlauer Volkszeitung berichtet: Ein Schmerzenskind der Hlauer Gemeinde ist, so berichtet das Baugewerk, die Wahl eines Ersatzmannes für ein Gemeinderatsmitglied der dritten Klasse. Die Wahl sollte schon im Dezember 1909 stattfinden, war aber bis jetzt unterblieben und fand nun endlich gestern (Donnerstag) von 4 bis 7 Uhr nachmittags in der Schneiderischen Gastwirtschaft statt. Leider war die Wahlbeteiligung äußerst schwach, was auf die zu spät erfolgte Bekanntmachung der Wahl zurückzuführen ist. Von vierzig Wahlberechtigten hatten sich nur neun Mann im Wahllokal eingestellt, und diese wählten zum Teil auch noch falsch. Zudem erhielt niemand die absolute Mehrheit, so daß die Wahl ähnlich dem berühmten Hornberger Schlegel ausging. Vier Stimmen entfielen auf Ernst Kutschke in Brösang, der aber nur mit Grundstimmen in Hlauer Gaußig angelesen und infolgedessen nicht wählbar ist, drei Stimmen auf Köpfer Holtsch und zwei Stimmen auf Schubmacher Grünher. Das Wahlergebnis wurde noch beschaulicher, als der Wahlleiter erklärte, es solle gleich noch einmal gewählt werden. Da sich die neun Mann aber inzwischen in alle Winde zerstreut hatten, war dies nicht gut möglich, und so soll denn die Wahl in vorchristmahliger bekannt gegebener Weise an einem noch festzusetzenden Termine nochmals vorgenommen werden.

### Kein französisches Vieh für Sachsen?

Das Chemnitzer Tageblatt will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß auf Annahme des Antrags der sächsischen Regierung um Erlaubnis zur Einfuhr französischen Viehes nach Sachsen nicht zu rechnen sei. Eine Entscheidung ist zwar noch nicht gefällt, jedoch hat das Reichsamt des Innern bereits seine Meinung dahin kundgegeben, daß der Bestand exportfähigen französischen Viehes nahezu erschöpft und irgendwelcher Einfuhr auf die Fleischpreise von dieser Maßregel daher nicht zu erwarten sei. Das Reichsamt wird daher der sächsischen Regierung empfehlen, ihren Antrag zurückzugeben.

Darin kann die Reichsregierung recht haben, daß der Ueberdau an Vieh in Frankreich nahezu erschöpft ist. Deshalb ist es nötig, Schladmied aus anderen Staaten einzuführen, wo noch Ueberfluß vorhanden ist, und vor allem die Einfuhr getrockneten Fleisches zu ermöglichen. Es wird daher nötig sein, daß Sachsen weitergehende Anträge stellt, um der Fleischnot zu steuern.

### Noch eine ungültige Gemeinderatswahl.

Die am 3. Dezember vorgenommene Gemeinderatswahl in Kaufergrün i. V. ist von der Amtshauptmannschaft für ungültig erklärt worden, weil für die Abgabe der Stimmen nur eine Frist von zwei Stunden gewährt worden ist.

### Ein Unbequemer.

In der Gemeinde Voigtsberg bei Oelsnitz i. V. wurde Genosse Müller einstimmig als Gemeindevorsteher wiedergewählt. Die Amtshauptmannschaft Voigtsberg hatte nach der ersten Wahl mit der Begründung die Festsetzung verweigert, daß Müller einer Partei angehöre, die Umsturzbestrebungen in sich führe.

### Der neue konservative Generalsekretär.

Das Verl. Tagebl. weicht folgendes mitzuteilen: Die sächsische Konservativen wählen für den Wahlkampf auf das letzte Hilfsmittel jeder Reaktion, auf den Antisemitismus, verfallen zu wollen. Sie haben als Nachfolger für den bisherigen Generalsekretär Kunze den antisemitischen Durchfallkandidaten von Hochau-Marientberg Kurt Frische in Aussicht genommen. Herr Frische war zwar 1907 als reformerischer Gegenkandidat des Herrn v. Liebert noch scharfer Gegner der Konservativen; doch die Not der Zeit läßt ihn jetzt im konservativen Parteibureau Unterschlupf suchen.

### Den Ingrimmen der Kerzzeitung

hat der Abg. Stresemann durch eine Rede über das Stumpfereigebnis hervorgehoben. Es wird in den ärztlichen Vereinen jetzt gegen ihn mobil gemacht. In der Reichstagsdebatte über die Kerze ist folgender Beschluß gefaßt worden:

Der Reichstagsverein Weihen spricht dem sächsischen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann sein Bedauern darüber aus, daß er mit einer wahren Begeisterung für die Kurpflanze eingetreten ist.

Der Beschluß soll an alle ärztlichen Vereine mit dem Ersuchen um Beitritt geschickt werden. Einige, wie der in Plauen, sind diesem Ersuchen bereits nachgekommen. Armes Stresemann!

### Bergleites Freiwahlrecht zur Rauchschadenvermeidung.

Das Freiwahlrecht des Finanzministeriums vom 7. August 1906 wegen Vermeidung von Rauchschäden in der Land- und Forstwirtschaft ist, wie das Dresdner Journal berichtet, ohne Erfolg geblieben. Nach der umfangreichen Arbeit der Beurteilung zahlreicher Bewerbungen war die Freiwahlkommission auch bei sorgfältigster Nachprüfung einer einzigen, ausichtsreicher erscheinenden Anmeldung noch nicht in der Lage, dieser Bewerbung einen Preis zuzusprechen. Mit der ersten Aufnahme des Freiwahlrechts, die beste Bearbeitung der gesamten Literatur über die Rauchschaden aller Nationen zur Verfügung der Kommission, auf deren Lösung ein Preis von 2000 M. gesetzt war, hat sich keine Bewerbung begeben. Der zweite Teil des Freiwahlrechts brachte dagegen eine große Zahl von Bewerbungen, die aber zum weitaus größten Teile die gestellte Aufgabe verkannt oder unrichtig gelöst haben. Solche mißverständliche Aufstellungen beruhen stets auf der Vermeidung der Rauchfrage mit der eigentlichen Abgasfrage. Die sichtbar qualmenden Rauch- und Staubwolken belästigen den Menschen, schädigen die Lunge der Stadtbewohner, beschmutzen Gebäude außen und innen, sie häßlich und schädlich aber nicht die nachhaltige Erzeugung der Rußpflanzen oder die Pflege der Bierspangen, wie dies den schädlichen (sauren) Gasen der Kohlefeuerungen oder sonstiger Industrieanlagen zur Last zu legen ist. Die Bekämpfung dieser Abgaschäden war die für unschriebene zweite Hauptaufgabe des Freiwahlrechts, die bisher durch keine angemessene Erfindung gelöst ist. Die Kommission hat dem Finanzministerium vorgeschlagen, die Förderung solcher Erfindungen auf dem Gebiete der Abgasbekämpfung weiter im Auge zu behalten und eine ständige Kommission mit der Beurteilung fernerehin bekannt werdender Erfindungen und Mitteilungen zu betrauen und für hervorragende Leistungen Belohnungen zu gewähren, insbesondere auch die von den Hochschulinstituten und von berufenen technischen Stellen aufgenommenen Versuche künftighin zu unterstützen.

### Reform des Elementarunterrichts.

Versuchsweise soll Ostern 1911 in Leipzig an 28 sächsischen Schulen, 8 Bürger- und 16 Bezirksschulen, je eine Reform-Elementar-Klasse eingerichtet werden. In dieser Klasse wird das Lesen, Schreiben und Rechnen frühestens im Winterhalbjahre oder gar erst mit dem Beginn des 2. Schuljahres einleiten. An deren Stelle werden geeignete Beschäftigungen im Zimmer und im Freien sowie Turn- und Spielplätze treten. Lehrpläne werden häufig in die Nähe der Schule gemacht werden. Durch diese Veranstaltungen soll man, den Uebergang aus der Ungebundenheit des vorklassischen Alters in die Gebundenheit des Schullebens zu mildern und zugleich den Anschauungsunterricht, den Hauptgegenstand der Reformklasse, fruchtbringend zu gestalten. Durch alle diese Maßnahmen geht man in der Reform-Elementar-Klasse die ausfindenden und darstellenden Kräfte der Kinder so weit zu entwickeln, daß der Les-, Schreib- und Rechenunterricht im 2. Schuljahre nur noch geringe Mühe verursachen wird.

### Frauenarbeit in Sachsen.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen waren in Sachsen 1882 in der Industrie einschließlich von Bergbau und Baugewerbe 542 250 männliche und 182 263 weibliche Personen hauptberuflich beschäftigt, im Jahre 1907 aber 890 228 männliche und 348 763 weibliche, in Handel und Verkehr einschließlich der Post- und Schenkwirtschaft 1882: 102 103 männliche und 28 791 weibliche, 1907 jedoch 211 570 männliche und 75 072 weibliche, im öffentlichen Dienst und in den freien Berufsarten ist die Zahl der weiblichen Personen in der angegebenen Zeit von 7213 auf 16 074 gestiegen, in der Gruppe Landwirtschaft usw. jedoch von 112 051 auf 103 619 gesunken. Ohne die häuslichen Dienstboten waren 1907 in Sachsen unter 1 940 170 hauptberuflich Erwerbstätigen 564 839 weibliche Personen. Dienstboten für häusliche Arbeit, im Hause der Herrschaft lebend, gab es 66 062, unter ihnen 65 537 weibliche.

Leipzig. Eine deutsche Industrie- und Gewerbeausstellung soll im Jahre 1915 hier stattfinden und Einladungen dazu sind vom vorbereitenden Komitee bereits ergangen. Für den Garantiefonds sind bereits größere Summen gezeichnet und hervorragende Leipziger und auswärtige Firmen haben sich zur Beteiligung der Ausstellung bereit erklärt. Für die Ausstellung ist ein günstiger Platz gefunden, das in Aussicht genommene Gelände liegt auf den Lindenauer Wiesen an beiden Seiten der Frankfurter Straße und umfaßt über eine Million Quadratmeter sächsischen Besitzes.

Plauen. Bei den 50 im Handelskammerbezirk Plauen bestehenden Sparkassen wurden während des Jahres 1909 61 952 448 M. eingezahlt. Die Rückzahlungen bei diesen Kassen betragen 52 813 867 M. Die Einlegerguthaben beliefen sich Ende 1909 auf 279 798 026 M.

Oberlungwitz. Das hiesige Elektrizitätswerk erwirbt das Elektrizitätswerk zu Selenau für den Preis von 152 000 M.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Die Wessiger des Bergbaus in Kolonathal bei Olschlag, Frau verh. Seiger, unterwies nachmittags mit ihrem Mann, Herrn Kämer, eine Schützenfahrt. An einer Biegung des Wegs fuhr der Schütze gegen einen Baum. Der Schütze stürzte um und die Anwesenden wurden herausgeschleudert. Kämer brach beide Unterschenkel. Frau Seiger erlitt Verletzungen am Arm und am Gesicht. Der Auslöser erlitt einen doppelten Armbruch sowie mehrere Verletzungen am Kopf. Die durchgehenden Pferde ritten die Randorf, wo sie angehalten wurden. Der Bau der Salzkammer Lohm-Weinerdorf, welche noch die industrierrichten Orte Jahnsdorf, Forstberg, Auerbach und Gornsdorf berührt, ist im letzten Jahre so gefördert worden, daß die Einweihung voraussichtlich in der zweiten Hälfte 1911 erfolgen dürfte. Der Stadtrat in Reyschlau beschloß, gemäß dem neuerdings geschaffenen Rechtslage die bisher in den Restaurants in Gebrauch getretenen Selbstautomaten nicht mehr zuzulassen.



# Stadt-Chronik.

## Der städtische Haushaltsplan 1911.

II.

Der Heberbesuch, Positionen sind die Zuschüsse erforderlich Kapital gegenüberzustellen, die bei einem Gesamtbedarf von 21 042 789 M. mit einem der Heberbesuchsumme gleich hohen Zuschuß abzufassen. Hier finden wir zunächst die städtische Verwaltung umfassend die Ausgaben für Rat und Stadtdirektion, Stadtschreiber, Stadtschreiber, Pensionen, Aufwand für Wahlen und Verschiedenes mit einem Zuschuß von 2 787 500 M. Die Verwaltungserfordernisse an Vergütung und Urlaub von Stadtrath und geschulten Kapitälen 3 661 250 M. Zuschuß. Die Position Verwaltung, die die Verwaltung, Straßenreinigung und Abfuhr, Wasserleitung, Bedürfnisanstalten, Gartenanlagen und öffentliche Beleuchtung in sich faßt, figurirt mit einer Mehrausgabe von 4 388 200 M. In diesem Kapitel sind u. a. auch enthalten die Kosten der Straßeneinrichtungsarbeiten, die man unter Berücksichtigung der überaus ansehnlichen Dienstleistungen nicht als geschäftlichen Verbindlichkeiten aufzuführen kann. Unter den nichtbeamten Bediensteten sind wir zwei Vorarbeiter mit einem Gehalt von 5 M. Einen Lohn von 4 bis 4 50 M. erreichen insgesamt zehn Vorarbeiter und Wärter, während 30 Arbeiter mit 3,75 bis 3,90 M. pro Tag entlohnt werden. Die übrigen 407 Bediensteten sind auf einen Tageslohn von 3,40 bis 3,80 M. Von diesem geringen Lohne werden jedoch noch 2% Prozent abgezogen, weil bei Erkrankungen nicht sofort Ersatzmannschaften eingesetzt werden. (2) Temporarbeiter: In diesem Jahre sind 17 Arbeiter je 50 M., an 37 Arbeiter je 40 M. und an 115 Arbeiter dieses Jahres je 30 M. an Lohnzulage gewährt worden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Hebauarbeitern, die gleichfalls in der Vertheilung mit inbegriffen sind.

Das allgemeine Polizeiwesen, d. i. Bauhülse, Wohnungspolizei, Feuerlöschwesen und Beitrag an die königliche Polizeidirektion, erfordert einen Zuschuß von 2 080 454 M. Die Ausgabe an die „Adminalen Schauspieler“ beträgt in diesem Jahre 217 500 M., gegen das Vorjahr 59 710 M. mehr! Diesen Betrag hatten früher die Stadtverordneten nur zu bewilligen, im übrigen aber „zur Last zu legen“. Ohne jede kritische Bemerkung wurde diese Position bewilligt. Das Vorgehen der Polizei anlässlich der letzten Wahlrechtsmodifikationen hatte selbst Caporioni bei einigen bürgerlichen Stadtverordneten hervorgerufen, so daß der erste Antritt, den der damalige Stadtdirektor Fleischer unternahm und der für die Polizei nicht gerade angenehme Auswärtige in der Kolonne nach sich zog, nicht mehr abzuweichen war. Im vorigen Jahre wollte der mit wenig Gehalt, aber desto mehr Parteilichkeit ausgestattete zweite Fleischer eine Polizeidebatte verhindern, ließ jedoch auch die bürgerlichen Stadtverordneten auf so verschiedenen Widerstand, daß es ihm nicht gelang, die frühere Rechtslosigkeit der Dresdner Stadtdirektoren dieser Position gegenüber wieder einzuführen.

Das Militärwesen erfordert 10 525 M. Zuschuß. Das Militärwesen ausschließlich der Volksschulen schließt bei einer Ausgabe von 1 389 502 M. mit 988 336 M. Rechnung ab. Diese Position umfaßt die Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, höheren Mädchenschulen und die Gewerbeschule. Die einzelnen Kapitel dieser Position betrachten und in einen Vergleich zu den Anwendungen für das Volksschulwesen gebracht, ergibt gerade beim Volksschulwesen die alte so oft schon kritisierte Sparlosigkeit am unrechten Platze. Eine besondere Besprechung verdient die Position, die mit einem Gesamtbedarf von 7 945 096 M. veranschlagt ist, soll das Nähere hierüber veranschaulicht. Von den Zuschußpositionen verdienen noch besondere Erwähnung das Armenamt, Fürsorgeamt, Kinderverforgungsanstalten, Kranken- und Wohltätigkeitsanstalten und Weibhelfen an Vereine, Anstalten und Schulen. Diese Kapitel erfordern bei 3 698 049 M. Ausgabe einen Zuschuß von 3 474 908 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 138 185 M. Unter den Einnahmen für das Armenamt befinden sich u. a. 100 M. (Einhundert Mark) von den Mitgliedern des Königs Hauses. Doch soll hierbei noch erwähnt werden, daß der sächsische König noch 700 M. und Johann Georg 1200 M. an „Ertzbeiträgen“ leisten, die dem Armenamt besonders verwaltet und verwendet werden als der sogenannte herrschaftliche Fonds. Unter den Armenamts-Einnahmen figuriren weitere 300 000 M. als Ertzbeiträge der Billeit- und Aufbahrungssteuer. Bei Schaffung dieser Steuer wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß gegenwärtige Verhältnisse davon befreit sein sollen; dessen ungeachtet zieht man z. B. die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege ebenfalls dazu heran. Doch ist der Rat zu Dresden für ausgleichende Berechnung. Auch die Sportvereine der bürgerlichen Gesellschaft werden von der Billeitsteuer getroffen. Man entschuldigt jedoch diese Vereine für diese „empfindliche Steuer“, wie der Bürgermeister Dr. Freyhammer im vorigen Jahre offenherzig zugestanden, durch einige tausend Mark aus dem Stadtsäckel. Der Reinerwerb erhält 3000 M., der Radfahrerverein 2000 M., der Verein für vaterländische Volksspieler 5000 M. und — damit auch die armen Leute sehen, daß man auf dem Dresdner Rathause an sie denkt, wird die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege gleichfalls mit 100 M. (Einhundert Mark) ausgestattet. Also Ausgleich für die Lasten der Billeit- und Aufbahrungssteuer, und zwar für alle Bevölkerungsklassen gleich, wie Dr. Freyhammer nach behauptet.

### Streit um Aufbahrungsleistungen.

Der Bauherr in z. H. Eigentümer eines Grundstücks, das dessen Vorbesitzer 1882 mit einem Wohnhause bebaut hatte. Es handelt sich um ein Grundstück, das mit einer Seite an einer Straße anliegt, die 1906 von einem Architekten A. gemäß dem herrschendsten schiedlichen Verabredungen hergestellt worden ist. Das A. hat Grundstück hat nach dieser Straße zu Fronte und aus dem Hausegang. A. fordert jetzt von dem Grundstückseigentümer eine Entschädigung der Straßenarbeiten in Höhe von 8000 M. Der Aufbahrung wurde damit begünstigt, A. habe ein Recht auf Weidung der Straße und auf den Ausgang der Straße durch den Bau der Straße erkannt. Vorher habe ihm ein solches Recht nicht zugestanden, wie 1906 in einem Gerichtsverfahren festgestellt worden sei. Die Rechtsanwaltschaft erkannte auf Abweisung der Klage. Das zivilrechtliche Urteil sei nicht als Begründung des Anspruchs verwertbar, da durch die Entscheidung lediglich private rechtliche Verhältnisse zwischen den Parteien, aber nicht öffentliche rechtliche Verhältnisse zwischen Kläger und Beklagten werden können. Die dagegen eingeleitete Revision hat das Oberverwaltungsgericht mit folgender Begründung verworfen:

Zurzeit, als in dem Grundstück Fenster mit Türen hergestellt

wurden, galt noch die Erbbaubehaltung vom Jahre 1880. Nach dieser bestand ein Anspruch auf entgeltliche Erhaltung nur dann, wenn die Anlage nach dem Bau der Straße ein Wohnhaus errichtet. Aber auch das jetzt der Anlage in Kraft befindliche Erbschaftsgesetz von 1894 rechtfertigt nicht den Anspruch. Die Fenster sind nicht erst nach Anlage der Straße, sondern bereits bei Errichtung des Hauses angebracht worden. Was den Straßenausgang anbelangt, so war er bereits nicht schon durch die Anbringung der Tür, sondern erst durch die Anlage der Straße gegeben. Er entstand also mit der Straße. § 77 Abs. 2 des Landesgesetzes bezieht sich aber nur auf Fälle, in denen das betreffende Gebäude später, d. h. nach Anlage der neuen Straße einen Zugang nach dieser erhält. Das kommt darauf hinaus, daß in Fällen der vorliegenden Art die Tür, die den Ausgang bildet, erst nach Anlage der Straße angebracht sein muß. Es unter Umständen § 77,2 dann analog angewendet ist, wenn ein Grundstück mit dem Bau einer Straße einen Zugang zu ihr erhält kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls war hier die den Ausgang schaffende Tür zu einer Zeit angebracht worden, wo Bestimmungen des § 77,2 anzuwendende Inhalts für den in Betracht kommenden Grundstück nicht gar nicht existierten, also auch eine Verfallsfrist durch den betreffenden Bauherrn unter solchen Umständen ausgeschlossen.

### Betrug durch Straßenbahnkassiere.

Ein Straßenbahnkassierer in Pöhlitz war vom Landgericht Dresden wegen Amtsunterschlagung zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte, der durch die Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt Dresden städtischer Beamter geworden war, hatte zwei Fahrgäste schon gebrauchte, im Wagen vorgegebene Fahrkarten zu je 20 Pf. verabsichtigt. Das Landgericht hatte in dem Verhalten des Kassierers eine Unterschlagung erblickt, weil er in seinen Gebahren gelangen städtischen Geldes sich rechtswidrig angeeignet habe. Auf den Antrag der Rechtsanwaltschaft hob jedoch das Reichsgericht das Urteil auf unter Zurückverweisung an die Vorinstanz. Nach den Feststellungen des Landgerichts habe der Angeklagte den Fahrgästen unrichtige Fahrkarten verabfolgt in der Absicht, das dafür erhaltene Geld zu behalten. Er habe damit die Fahrgäste getäuscht, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, was also des Betrugs schuldig gemacht. Der Betrag sei vollständig gewesen mit der Erlangung der Geldstücke. Der Kassierer sei deshalb wegen vollendeten Betrugs, nicht wegen Unterschlagung zu bestrafen.

### Die Haftpflicht der Hausbesitzer.

Jeder Hauswirt und jeder, der irgendwo einen Verkehr eröffnet, kann nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden, wenn er auf den von Publikum benutzten Wegen es fahrlässigerweise unterläßt, bei Eisbildungen in entsprechender Weise für Beseitigung der gefährlichen Glätte zu sorgen. Die Anforderungen, die die unsere Rechtsprechung an den einzelnen stellt, erklären sich nach dem Umfang des Verkehrs und sind in verkehrsreichen Orten straffere als in ländlichen verkehrsarmen Gegenden. So hat das Reichsgericht schon mehrfach ausgesprochen, daß in verkehrsreichen Straßen der Hauswirt oder Anlieger die Verpflichtung hat, des Morgens wie auch nach Bedürfnis am Tage mit abtupfenden Material zu streuen, frühgefallenen Schnee zu entfernen und die Hebertragung dieser Arbeiten an den Hausmann oder irgendeine andere Person schiebt nicht die Haftbarkeit des Hauswirts für Unfälle vor seinem Grundstück aus.

Die Militärpflichtigen hiesiger Stadt, die im Jahre 1891 geboren oder in früheren Musterungen zurückgestellt worden sind (im Falle ihrer Abwesenheit deren Eltern, Vormünder usw.) werden aufgefordert, in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar Eckelstraße 9, II., Sonnabends 9 bis 2 1/2, an den übrigen Wochentagen 9 bis 12 1/2, und 4 bis 6 1/2, Uhr unter Vorlegung der Geburts- bez. Lösungsscheine die vorgeschriebene Anmeldung zu bewirken. Militärpflichtige, die im Besitze des Berechtigungs-scheines zum einjährig-freiwilligen Dienste oder des Befähigungszeugnisses zum Seejunker sind oder darum nachsuchen wollen, sind von der Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle entbunden, wenn sie bis 1. Februar darum nachgesucht oder ihre Zurückstellung von der Aushebung beantragt haben.

Die Vorträge über die Bedeutung von Dampfmaschinen und Dampfmaschinen beginnen am 23. Januar, abends 8 Uhr, in dem Vortragsaal der königlichen Kunstgewerbeschule Dresden-L., Glasstraße 34, und werden von den Beamten der königlichen Gewerbeinspektionen Dresden I und Dresden II gehalten. Die Anmeldung zur Teilnahme an dem Kursus hat bei Herrn Hausverwalter Jacob zu erfolgen, wo die Karten zum Preise von 5 M. zu entnehmen sind. Nach Schluß der Vorträge werden Prüfungen abgehalten, an denen diejenigen teilnehmen dürfen, die die Vorträge regelmäßig besucht und mindestens 1 Jahr einen Kessel bedient haben, worüber eine Bescheinigung beizubringen ist.

Arbeiterkräftige. Einem in den hiesigen Staatsbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter, in Dresden wohnhaft, wurden mehrere Finger der linken Hand zerquetscht.

Kinder und Streichhölzer. Auf der Wilder-Mann-Straße ließen Eltern ihre vier Kinder allein in der Wohnung zurück, die mit Streichhölzern spielten, wobei sich ein 3 1/2-jähriges Mädchen erhebliche Brandwunden zuzog, so daß es von der Wohlthätigkeitspolizei verbunden und in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Kaufmannsgericht.

Die Zuständigkeit des Gerichts bestritt die Firma Paul Kühne, gegen die der Buchhalter Stenzel wegen 20 M. Gehaltsrückst. und 60 M. Gehaltsentgeltklage. Der Kläger wurde zur Lösung des Dienstverhältnisses gezwungen, da ihn Frau Kühne einen frechen Kerl und Tagelöhner genannt und ihn mit den Häuten an die Brust geschlagen haben soll. Die Beklagte erklärt, der Kläger sei nicht als Buchhalter, sondern als so eine Art Faktotum bei ihr gewesen. Demgegenüber weist der Kläger nach, daß er eine vollständig kaufmännische Tätigkeit entfaltet hat. Wenn er andere Arbeiten machte (wie Kleinnageln), so habe er dies freiwillig getan. Das Gericht erklärt sich für zuständig. Zur Zahlung des geforderten Gehaltsrückst. muß sich die Beklagte verpflichten, wegen der Entschädigungsforderung wird erst noch Beweis erhoben.

Von der Firma Hugo Schönberg wurde der Reisende Sekretär am 16. Dezember sofort entlassen, weil er nebenbei mit 2000 Mark Handel getrieben habe. Er fordert 225 M. Gehalt und Entschädigung, indem er das Handeln mit Postkarten bestritt. Eine Kundin bestritt dies aber. Um diesen den Gehalt zu ersparen — eine Kundin bestritt dies aber. Um diesen den Gehalt zu ersparen — eine Kundin bestritt dies aber. Um diesen den Gehalt zu ersparen — eine Kundin bestritt dies aber.

Die Abteilungsleiterin Niedermeyer bei der Firma Hermann Dreyfus mußte vertretungsweise eine Kasse übernehmen. Bei der Abrechnung stellte sich ein Defizit von 10 M. heraus. Die Firma Dreyfus beschuldigte die Abteilungsleiterin sofort. Das Kaufmannsgericht verurteilte sie zur Zahlung von 125 M. Entschädigung. Jetzt klagt die Firma gegen die Abteilungsleiterin wegen Zurückhaltung eines Rechtsverhältnisses. Vor dem vorigen Urteil fanden

zwischen den Parteien außergerichtliche Einigungsverhandlungen statt. Die Firma bot der entlassenen Angestellten 62,50 M. Entschädigung an. Diese erbat sich einen Tag Bedenkzeit und willigte dann in einem Verzicht noch vor der Verhandlung in das Vergleichsangebot ein. Der Vertreter der Firma beschloß im Termin noch keine Kenntnis davon, und die damalige Angestellte erklärte auch nichts. Erst bei der Rückkehr von der Verhandlung erlangte er Kenntnis von der Einigung der Angestellten in den angegebenen Beträgen. Das betreffende Urteil war rechtskräftig und nicht beauftragbar. Die Firma hielt sich an den Urteil und forderte der Angestellten 62,50 M., ignorierte also das Urteil. Die Angestellte leitete auf Grund des Urteils wegen der restlichen 62,50 M. das Zwangsvollstreckungsverfahren ein, das die Firma nur durch Depositionierung der streitigen Summe abwenden konnte. In der jetzigen Lage will sie feststellen haben, ob der Vergleich oder das Urteil zu gelten hat. Die interessierte Frage kam nicht zur Entscheidung, da sich die Parteien auf Widerruf dahin einigten, daß die Firma auf die 10 M. Teilszahl und die Angestellte auf die streitigen 62,50 M. verzichtete.

Die bei der Firma B. Hoffmann angestellte Empfangsbekame Seigand wurde am 13. Dezember erwerbsunfähig krank. Am gleichen Tage entließ sie die Firma per sofort wegen angeblich unzufriedenem Lebenswandel. Die B. fordert für die sechs Wochen ihrer krankheitsbedingten Aufenthaltsgeld. Sie bestritt, einen unzufriedenen Lebenswandel geführt zu haben. Es handelte sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine unangenehme Bewusstseinskur, in der es sich herausstellte, daß die Angestellte als Besondere der Opfer der Remonstration eines unrichtigen 19-jährigen Angestellten der Bekamens war. Der junge Besondere hatte in verantwortlicher Weise seinen Prinzipal belogen und die Angestellte verleumdet. Unter solchen Umständen blieb der Firma nichts anderes übrig, als die Angestellte die geforderte Entschädigung zu zahlen. (Verfasser: Stadtmann Dr. Grober. Prinzipal-Besitzer: Direktor Daniels und Kaufmann Dreier. Angestellte-Besitzer: Prokurist Krebs und Buchhalter Hennert.)

### Aus der Umgebung.

Blasewitz. Die Vermutung, daß die am Donnerstag von der Eisbrücke aus in den Strom gesprungene und ertrunkene Frauensperson mit einem auf der hiesigen Blasewitzstraße beschlagnahmten Leichnam identisch sei, bestärkt sich nicht, denn das Mädchen ist in der eiterlichen Wohnung wieder eingetroffen.

Reid. Am 6. Januar werden auf der Pferde-Kennbahn Flugvorführungen der bekannten Flieger Hans Grade und Kuhn stattfinden. Beide haben kürzlich auf dem Übungsplatz des Hellers erfolgreiche Flüge ausgeführt.

Koffelbaude. Das große Schadenfeuer, das in der Silvesternacht teilweise das Höhenrestaurant Sternberg zerstörte, verursachte dem Besitzer trotz der (sehr niedrigen) Versicherung allein an Mobiliar gegen 5000 M. Schaden. Auch der andere Schaden ist erheblich. In dem Schuppen hatte die Gemeinde Koffelbaude für das Hochplateau einen Schlauchwagen mit 200 Meter Schlauch eingestellt, der mit verbrannt, seinen Zweck also völlig verfehlte. Andere herbeigejagte Schlauchwagen waren in sehr schlechtem Zustande.

Tippoldswalde. Auf Antrag einer Anzahl Geschäfteinhaber ist hier die Abendstundezeit auf 8 Uhr abends festgesetzt worden.

### Bereinstimmend für Donnerstag.

Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen, Mühlentisch Dresden und Umgebung, Abends 8 1/2, Uhr Frauenversammlung im großen Saale des Volkshauses. Deutscher Holzarbeiterverband, Abends Familienabend, verbunden mit Weihnachtsfeier im großen Saale des Krönungspalastes. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungssitz Dresden u. Umgebung, Abends 8 1/2, Uhr Lichtbildervortrag im Hammers Hotel. Bezirk Gleichen, Sitzung in der Werkh. Deutscher Arbeiter-Senatskammerband, Abends 8 1/2, Uhr Versammlung im Volkshaus und Vierteljahres-Versammlung bei Kämwie, Bernerstraße.

### Soziales.

#### Ein Ausbruch der Regen.

s. k. Die Gesellschaft für den Fortschritt der Nationen hat einen „Aufzug an England und das übrige Europa“ erfassen, in dem sie gegenüber den Versuchen, die Lage der Nationen in rotem Dünkel zu schildern, die Tatsachen feststellt und die moralische Unterwerfung Europas anruft. Sie legt dar, daß den ehemaligen Sklaven des Wahreits ihre einzige Waffe, mit Betrug und Gewalt gewonnen wurde. In acht Staaten besitzen selbst Regierungen mit akademischer Bildung das Wahreits nicht, das selbst die unvollkommensten Völker ausüben. In einem Menschenalter hatten sie 600 Millionen Dollar Vermögen erworben und zu zweihundert Millionen und Schreibern geleert. Jetzt werden die für Regierungen bestimmten Gelder anders verwendet so daß nur jedes dritte Kind, trotz großer Opfer für Privatstudien, Unterricht genießen kann. Auch sonst überall Zurücksetzung. Man bringt sie in den ungesundesten Stadtteilen zu wohnen, um dann die „Kasse“ für die große Sterblichkeit verantwortlich zu machen. Für gleiche Arbeit werden wir schlechter bezahlt. Dennoch greift man uns wegen unserer niedrigen Lebenshaltung an. Die Hälfte der Gewerkschaften nimmt keine Rente auf, auf der anderen Seite stellt sie die Schwarz-„Streikbrecher“. In den Südstaaten sind unsere Frauen vogelfrei, hinterher aber werden sie als feile Dinnen bezeichnet. ... Im schlimmsten aber ist die Rechtslosigkeit. In den letzten 25 Jahren wurden 25 Regierungen in aller Öffentlichkeit gekündigt. Im ganzen Süden der Welt die Rechtslosigkeit nicht den Jock, Verbrechen gegen die Bevölkerung und innerhalb derselben zu verhindern und den von dem geraden Wege abgewichenen Schwarzen zu helfen sondern nicht darauf ab, dem Wahreitsgefühl Gerechtigkeit zu tun und die Regierungen zur Verantwortung zu machen. Herrliche Bilder aus dem „Freiheitslande“!!

### Gerichtszeitung.

#### Jugendgericht.

Proletariatskinder auf der Straße. Ein hiesiger 13-jähriger Junge, dem die Not und das Elend auf das Gesicht geschrieben ist, und aus dessen dürftiger Gestalt die Entbehrung spricht, soll nach Unterstellungen von 20 Pf. und 50 Pf. begeben haben. Die Eltern müssen tagsüber hart arbeiten, um das Notdürftigste zum Leben zu verdienen. Der Junge ist auf die Straße angewiesen. Um sich doch hin und wieder einige Pfennige zu beschaffen, bot er sich in einem Zeitungstand an, für die Verkäuferin kleine Beförderungen zu machen. Einmal erhielt er 20 Pf. mit einem Auftrag. Er unterlag der Versuchung, die 20 Pf. für sich zu verwenden. Als in demselben Stand einmal ein Gehalt von 50 Pf. zu einer Beförderung übergeben haben wollte, soll er die 50 Pf. gleichfalls unterschlagen haben. Er gibt die Verantwortung der 20 Pf. an, bestritt aber, derjenige zu sein, dem die 50 Pf. gegeben wurden. Der Verkäufer will ihn aber bestimmt wiedererkennen. Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Junge auch im zweiten Falle das Geld empfangen hat; es sei nur die Frage, was mit dem Gelde geschehen ist. Wegen des zweiten Unterschlagens der 20 Pf. wird auf einen Monat, wegen des Streichhölzchen auf Freisprechung erkannt. Der Vater bezweifle die Strafbarkeit, da sein Sohn geistig zurückgeblieben sei. Er ist erst dem siebenten Lebensjahre in die Schule gekommen, da er krank war, und blieb wiederholt wegen mangelnder Leistungen sitzen.



**Verdacht**

Arbeitslosigkeit und deren Folgen führten den Arbeiter Paul Selzer wieder vor den Strafgericht. Am 28. November wurde er auf der Arbeit in ein Schanklokal der Schmiedestraße...

„Zugere“ Diebstahl beging der 30-jährige Arbeiter Ludwig Kuntz in Dresden. Der Angeklagte entwendete vom...

Er wohnt nicht! Wegen der Kammerlanger Karl Burrian fand Gericht vor der ersten Zivilkammer Termin...

**Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.**

Nationalliberale Charakteristik der Streikbrecher. Wir brauchen zunächst eine Kritik, die von der Begründung der...

Wenn Arbeiter den Erfolg ihres Ausstandes durch Arbeitslosigkeit am Streikbrecher gefährdet sehen, so suchen sie nach Mitteln...

Es ist nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die verschiedenen Elemente unter den Streikbrechern, die die Gefahr bilden...

Wachsend ist auch die Tatsache, daß alle wirklich großen Streikbewegungen in sozialer Ruhe und Ordnung abwickeln...

Material für Ausnahmefälle. Kürzlich wurde ein Schriftstück über unsere Schermschere. Kürzlich wurde ein Schriftstück...

Übermut so weit getrieben, daß die Polizei direkt gezwungen wurde, einzugreifen. Es hat sich, wie es in dem uns zugehenden...

Der Kampf in der Delmenhorster Waggonfabrik dauert nun schon ein halbes Jahr. Der Betrieb wurde von der...

In Ullenshorn in Holstein sind am 30. Dezember bei der Firma H. Knack u. Söhne aus Anlaß der Tarifbewegung in einer...

Die Streiks der Tischler, Buchbinder, Stolpl. Pomern, Enden, Eisenberg (Eisendruck), Kaiserlautern (Eisen),...

Die Streiks der Tischler, Buchbinder, Stolpl. Pomern, Enden, Eisenberg (Eisendruck), Kaiserlautern (Eisen),...

Das badische Ministerium des Innern hat sich auf Ersuchen des Gemeinderates von Rastatt erklärt, Verhandlungen zwischen...

Am den deutschsprachigen Arbeitern in Frankreich die Notwendigkeit des Beitritts zu den französischen Gewerkschaften...

Die Arbeitszeit in Holland. Seit Jahren kämpfen die holländischen freien Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit. Die notwendigste dies ist...

Table with 3 columns: Industrie, Stunden, Prozent aller Arbeiter. Includes rows for Steine und Erden, Druckereigewerbe, Baugewerbe, etc.

Parteiangelegenheiten. Eine Richtschnur. In der letzten Nummer des Grundsteins steht folgende Notiz: Eine sehr befremdliche Meldung finden wir im Secolo...

Genossen Rautsch Gelegenheit zur Richtschnur zu geben. Die Sozialistischen Italiens haben die sozialdemokratische Partei...

Nach meiner Erkennung in Kopenhagen im Anfang des Septembers dieses Jahres war ich drei Monate lang arbeitslos...

Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau bringt in ihrer neuesten Nummer folgende Notiz: Sozialdemokratische Stadträte...

Ein Parteiveteran. In Homburg lebte ein alter verdienender Parteiveteran seinen 70. Geburtstag feiern. Heinrich Baerer, der seit seinem Jugendjahre...

Totenliste der Partei. In Kaiserlautern verstarb der ehemalige Redakteur der Fortschritt Tribüne und Reichstagskandidat für Ostpreußen...

Reichstagskandidatur. Zur Nachwahl in Kempen-Immenstadt kandidiert von unserer Seite Genosse Heinrich Gölzer, Schreinermeister...

Wählung des Gemeinderats in Jena. Unsere Genossen im Gemeinderat in Jena lehnen den Gemeinderat ab...

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 4. Januar: Nordostwind, wolfig, kühl, Regen, Schnee.

Victoria-Salon. Juliette d'Arté; Blatzheim, Komiker Klott und die grossen Neujahr-Novitäten. Anfang 8 Uhr. Sonntag und Feiertags 4 Uhr und 8 Uhr.

Bei den hohen Fleischpreisen. Dr. Klopfer-Nudeln und Maccaroni. Nahrhaft wie Fleisch. ca. 20% Eiweiß in der Trockensubstanz.















Das Bild zeigt eine Gruppe von Frauen, die in einem Garten oder Park spazieren. Die Frauen sind in eleganten, zeitgenössischen Kleidern der frühen 20er Jahre gekleidet. Sie sind in einer Gruppe von vier bis fünf Personen dargestellt, die sich in einer natürlichen Umgebung bewegen. Die Szene ist in einem klassischen, illustrativen Stil gezeichnet, typisch für die Zeitungs- oder Zeitschriftenkunst jener Jahre.

Das Bild zeigt eine Gruppe von Frauen, die in einem Garten oder Park spazieren. Die Frauen sind in eleganten, zeitgenössischen Kleidern der frühen 20er Jahre gekleidet. Sie sind in einer Gruppe von vier bis fünf Personen dargestellt, die sich in einer natürlichen Umgebung bewegen. Die Szene ist in einem klassischen, illustrativen Stil gezeichnet, typisch für die Zeitungs- oder Zeitschriftenkunst jener Jahre.

# Frauenwelt

## Marie von Ebner-Eschenbach als Erzieherin

Maria von Ebner-Eschenbach ist für mich und auch für viele andere Frauen eine große Vorbildfigur. Sie hat nicht nur als Schriftstellerin, sondern auch als Erzieherin einen großen Namen gemacht. Ihre Erziehungsideen sind bis heute von großer Bedeutung. Sie hat die Frauen dazu ermutigt, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Ihre Werke sind nicht nur literarisch wertvoll, sondern auch pädagogisch. Sie hat die Frauen dazu ermutigt, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Ihre Werke sind nicht nur literarisch wertvoll, sondern auch pädagogisch.

Das Interesse an der Erziehung der Frauen hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

## Waisengeld

Der Waisengeld wird durch den Staat bezahlt. Die Eltern sind verpflichtet, ihren Kindern ein angemessenes Einkommen zu verschaffen. Wenn die Eltern dies nicht können, muss der Staat einspringen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialversicherung. Die Eltern sind verpflichtet, ihren Kindern ein angemessenes Einkommen zu verschaffen. Wenn die Eltern dies nicht können, muss der Staat einspringen.

## Gartenbau

Der Gartenbau ist ein wichtiger Bestandteil der Landwirtschaft. Die Menschen sind seit Jahrhunderten daran interessiert, ihre Gärten zu pflegen und zu erweitern. Dies ist nicht nur eine Frage der Nahrung, sondern auch der Schönheit und der Erholung. Die Menschen sind seit Jahrhunderten daran interessiert, ihre Gärten zu pflegen und zu erweitern. Dies ist nicht nur eine Frage der Nahrung, sondern auch der Schönheit und der Erholung.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

Die Erziehung der Frauen ist ein Thema, das in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Die Frauen sind heute mehr als je zuvor in der Lage, sich zu betätigen und ihren eigenen Weg zu gehen. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt. Sie können sich nun in vielen Bereichen betätigen und ihren eigenen Beitrag leisten. Dies ist ein großer Fortschritt, der den Frauen viele Vorteile bringt.

## Zeitschriften

Die Zeitschriften sind ein wichtiger Bestandteil der Kultur. Sie bieten den Lesern eine Vielzahl von Informationen, Unterhaltung und Bildung. Die Zeitschriften sind ein wichtiger Bestandteil der Kultur. Sie bieten den Lesern eine Vielzahl von Informationen, Unterhaltung und Bildung.

Die Zeitschriften sind ein wichtiger Bestandteil der Kultur. Sie bieten den Lesern eine Vielzahl von Informationen, Unterhaltung und Bildung. Die Zeitschriften sind ein wichtiger Bestandteil der Kultur. Sie bieten den Lesern eine Vielzahl von Informationen, Unterhaltung und Bildung.



